



Information für die Presse

Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177-3 50 18 13

Bremen, 14. September 2021

SPD LAND BREMEN sieht die duale Ausbildung in einer Krise und fordert die Umsetzung von Ausbildungsfonds

Seit Jahren gibt es im Land Bremen zu wenige Ausbildungsplätze. Im Jahr 2020 war die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System auf dem Tiefststand. Reinhold Wetjen, Vorsitzender der SPD LAND BREMEN: „Wir haben es inzwischen mit einer faktischen Krise des dualen Systems zu tun. Diese muss schnellstmöglich überwunden werden, denn der Bedarf an beruflicher Ausbildung ist enorm: Die demografische Entwicklung führt in den Betrieben zu enormen Ersatzbedarfen an Fachkräften. Gleichzeitig erhöht sich der Bedarf an Fachkräften durch die Herausforderungen aus den Megatrends wie Klimawandel und Digitalisierung.“

Die quantitativen und qualitativen Herausforderungen an die Berufsausbildung: Die Bremer SPD sieht vier Handlungsfelder:

1. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze, ansonsten starten zu viele Jugendliche ohne Abschluss in die Arbeitswelt, mit den Gefahren von Arbeitslosigkeit, unterbrochenen Erwerbsbiografien und schlechten Einkommenschancen – gleichzeitig fehlen der Wirtschaft die Fachkräfte.

Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, allen muss ein Ausbildungsplatz angeboten werden können.

Wir brauchen eine neue Orientierung: Nicht mehr die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge darf der Maßstab sein, sondern die deutliche Verringerung der Zahl der Bewerber*innen, die am 30. September jeden Jahres noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind, und die Zahl der offenen Ausbildungsplätze muss reduziert werden. Von Arbeitgeberseite immer wieder angeführte sogenannte „Matching-Probleme“ sind nicht einfach zu akzeptieren.

Ausbildungsverbände des Landes für außerbetriebliche Ausbildung helfen die Ausbildungsplatzsituation zu verbessern, sie dürfen aber nicht zum Marktersatz werden.

Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot heißt es: „Ausbildungsfonds wie in der Bau- und Pflegebranche führen zu mehr Ausbildungsplätzen, indem sie ausbildende Unternehmen entlasten und Investitionen in Ausbildung zwischen den Unternehmen solidarisch verteilen – das ist im Interesse der jungen Menschen und der Fachkräftesicherung der Wirtschaft. Wir werden die Sozialpartner deshalb bei der Einführung von Ausbildungsfonds unterstützen und eine landesrechtliche Regelung für jene Branchen schaffen, in denen keine tarifvertragliche Regelung für einen branchenbezogenen, umlagefinanzierten Ausbildungsfonds zustande kommt.“

Die Stringenz der Einsetzung der Kommission für die Entwicklung des Ausbildungsfonds hat unter der Pandemie gelitten. Jetzt muss es aber mehr Tempo geben, die Kommission muss ins Arbeiten kommen. Wir erwarten nun dringend vom Senat eine entsprechende Vorlage. Die Kommission muss auch klären, ob letztlich eine allgemeine Ausbildungsumlage oder branchenspezifische Ausbildungsfonds besser geeignet sind.

2. Jugendliche brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern einen erfolgreichen Verlauf der Ausbildung bis zur Abschlussprüfung. Deshalb müssen Auszubildende und Betriebe während der Ausbildung stärker unterstützt werden. Niedrigschwellige Unterstützungssysteme wie zum Beispiel „Bleib dran“ müssen gestärkt und ausgebaut werden.
3. Die Ausstattung der Berufsschulen muss deutlich verbessert werden: Bremen gibt im Stadtstaaten-Vergleich pro Berufsschüler*in ca. 1.000 Euro im Jahr weniger aus, bei mindestens vergleichbaren sozialen Herausforderungen. Es muss jetzt ein Fokus auf die Ausstattung der Berufsschulen gelegt werden.
4. Infrastruktur für Auszubildende: Es ist gut, dass mit dem Azubi-Wohnheim im Ellener Hof und mit dem Beschluss zum Azubi-Ticket jetzt wichtige Maßnahmen zur Verbesserung auf den Feldern Wohnen und Mobilität eingeleitet worden sind. An diesem Thema müssen wir „dranbleiben“.